

BmU - Rechenschaftsbericht 2003

Im zeitlichen Vordergrund der Aktivitäten der BmU stand die **Störmelderaktion**.

Ausgangspunkt war, dass die finanziellen Leistungen der Bürgerinnen und Bürger und der Stadt in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Gegenleistungen der Verkehrsträger stehen.

Die BmU wollte den Zahlen der Verkehrsträger, die für die Linie S 8 und S 11 stets akzeptable Pünktlichkeitsquoten angeben, eine Datenerhebung der Fahrgäste aus Erkrath gegenüberstellen.

2002 wurden flächendeckend zwei BmU-Zeitungen in Erkrath mit Meldebögen von professionellen Verteilfirmen verteilt, 2003 zusätzlich eine halbseitige Anzeige in einem flächendeckend verteilten Erkrather Anzeigenblatt geschaltet.

Zu Beginn der Aktion konnte auch das Interesse der Medien geweckt werden, z.B. als ein Interview bei Radio Neandertal größere Aufmerksamkeit weckte.

Meldebögen wurden mit Unterstützung des Bürgermeisters in allen Bürgerbüros zusätzlich ausgelegt und konnten dort wie im Rathaus, wie bei der BmU abgegeben werden.

An jedem Bahnhof wurden Plakate aufgestellt mit Fragebogenmustern.

Im Internet stellten wir die Informationen zur Aktion incl. Fragebögen zur Verfügung.

Über viele Kanäle haben wir also versucht die Öffentlichkeit anzusprechen. Die Aktion begann am 1.10.02, im Frühjahr 03 startete auch die Verbraucherzentrale eine landesweite Meldebogenaktion der Fahrgäste, der wir uns – soweit möglich - angeschlossen hatten.

Die Gesamtzahl der verteilten Fragebögen beträgt ca. 65000 Stück.

Beteiligt haben sich - nach Terminverlängerung - insgesamt 31 Bürgerinnen und Bürger aus Erkrath.

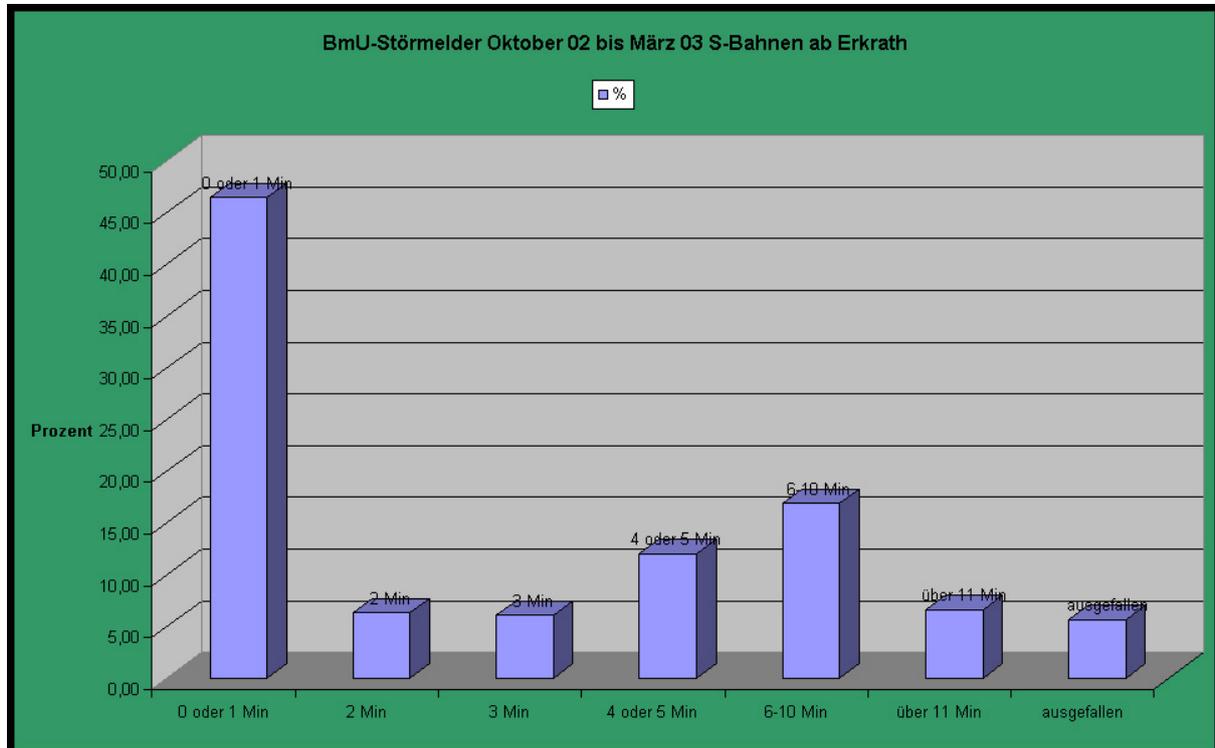
Man vergleiche diese Zahl mit dem Aufwand! Etwas gemildert wird die Kritik an der Rücklaufquote dadurch, dass der überwiegende Teil der eingereichten Bögen sehr sorgfältig geführt wurde, relativ viele Einsender sogar über das gesamte halbe Jahr hinweg Protokoll geführt haben. Insofern zeigen sich vollständige Nutzerprofile, die von Relevanz sind.

Eine politische Bewertung der gesamten Aktion durch die BmU ist der Mitgliederversammlung vorbehalten.

Als Vorsitzender rufe ich dazu auf, diese Zahl als schrilles Alarmzeichen zu werten. Die Erklärung, im ÖPNV lägen die Dinge alle Bestens und die Verspätungen seien Klagen weniger Nörgler, ist wohl entbehrt jeder realen Grundlage.. Auch aus anderen Städten des Kreises kamen von Unabhängigen

Wählergemeinschaften Anfragen mit der Bitte um Detailinformationen. Man trug sich damals an mehreren Orten mit der Absicht, diese Aktionsidee zu kopieren. Ob das jetzt noch der Fall ist fraglich.

Hier das Gesamtergebnis:



58,83 %, also knapp 60 % Pünktlichkeit bei Verspätungen bis 3 Minuten sind eine absolut unakzeptable Gegenleistung der Deutschen Bundesbahn für die in Erkrath abfahrenden S- Bahnen!

Die Totalausfallquote ist mit 5,68% deutlich zu hoch und kann nicht immer nur auf Witterungseinflüsse und Streiks zurückgeführt werden.

Im übrigen fällt aus, dass vor allem die Verspätungen bis 10 Minuten gehäuft vorkommen, es in der Regel also nicht nur um wenige Minuten Wartezeit handelt. -> Ergebnisse im Detail

Die Mitgliederentwicklung stagniert unverändert wie in den letzten Jahren, die direkte Ansprache von Mitbürgerinnen und Bürgern im Rahmen der vielfältigen Kontakte z.b. bei den BmU-Festen, der Aktion gerechte Fernwärme, der Störmelderaktion oder den Kontakten der Fraktion zeigen bisher keine Früchte.

Dies ist angesichts der Vorbereitungsphase auf den nächsten Kommunalwahlkampf, die mit diesem Sommer beginnt, besonders bedauerlich. Auch heute soll aufgerufen werden, dass sich BmU-Mitglieder selber, wie qualifizierte Bürgerinnen und Bürger die noch nicht direkt Mitglied der BmU e.V. sind, angesprochen fühlen sollen, sich für ihre Stadt einzusetzen.

Vielfältige Aufgaben liegen vor der Stadt.

In der Frage **Pose-Mare** wird erst mit dem Investor unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten, dann wundert man sich, dass der Investor verschupft ist, dass der Umweltausschuss in öffentlicher Sitzung nicht den von ihm gewünschten Moderator für das Planverfahren wählt. Diese unseriösen Verfahren, an der Gemeindeordnung vorbei, wurden von der BmU kritisiert – ohne Widerhall in der öffentlichen Meinung.

Da wundert es dann kaum noch, dass im Rathaus auch Ratsbeschlüsse „uminterpretiert“ werden. Bei der **Bahnüberquerung Gödinghover Weg** hat der Rat für eine Untertunnelung oder den Verzicht plädiert. Falls doch eine Überquerung kommt, plädierte der Rat für eine kurze Rampe. „Mit Rücksicht auf Behinderte“ hat die Verwaltung, ohne jede Information der Politiker einfach eine doppelt so große Rampe in Absprache mit der bauausführenden Bahn realisieren lassen – dass man sich keine Gedanken über die Mehrkosten machen kann man der Tatsache entnehmen, dass man eine entsprechende Anfrage der BmU nach dem Mehraufwand gar nicht beantworten konnte (angeblich weil man das Archiv (!) zur Zeit nicht nutzen kann).

Die **Deponie Hubbelrath** ist undicht. Stinkende Sickerwässer dringen in das Grundwasser ein. BmU-Vertreter hatten von Anfang an darauf hingewiesen, dass schon die Altdeponie undicht ist – die Deponieerweiterung hätte nie genehmigt werden dürfen. Es liegt ein klarer Abwägungsfehler im Planverfahren vor. Dass hier die Firma Trienekens ihre Hände im Spiel hatte, ist allgemein bekannt, aber – wie mir scheint – noch nicht ausreichend staatsanwaltlich aufgeklärt. Während alle Parteien letztlich auch in Erkrath der Deponieerweiterung zustimmte, kämpfte die BmU bis zu Einsprüchen bei der Offenlage. Heute zeigt sich deutlich, dass auch der Einwand, die Deponie sei gar nicht nötig gewesen, gerechtfertigt war: Die Kreisdeponie Langenfeld arbeitet unrentierlich weil zu viel Deponieraum geschaffen wurde. Merkwürdig, dass die Verluste bei den steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürgern erhoben werden.

Auch bei den großen sozialen Fragen wird weiter gestümpert. Konsequenterweise werden alle Anträge der BmU nach einem dauerhaften Verwaltungskonzept für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern abgelehnt.

Seit fünf Jahren versuchen wir vergeblich – unter Vorlage eines eigenen Entwurfes – den Parteien klar zu machen, dass in der Stunde der finanziellen Not, langfristig angelegte, nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte herbei müssen. Als Stichwort sei hier nur an die grob fehlerhaften Beschlüsse zum **Zentralschwimmbad** oder den **ÖPNV** erinnert.

Stattdessen fordern CDU-Untergliederungen die Freigabe von Freiflächen für Gewerbegebiete. Nichts ist heute so im Überfluss vorhanden wie Gewerbegebiete.

Keine politische Gruppe in Erkrath vertritt neben der BmU diese Positionen.

Es lohnt sich dafür zu kämpfen, dass im nächsten Erkrather Stadtrat die Stimme der BmU nicht mehr überhört werden kann.